

# Zensus-Zoff in Osterby und Bünsdorf

Gemeinden bezweifeln Einwohnerverluste und wollen ihre Bürger selbst zählen – denn es geht um mehr als fünf Millionen Euro

Dirk Steinmetz

Zum Stichtag 30. Juni 2022 wurde in Deutschland der aktuelle Zensus erhoben. Die Ergebnisse sollen verlässliche Bevölkerungs- und Wohnungszahlen für Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und die Allgemeinheit liefern. Dabei geht es auch um viel Geld für die Kommunen. Von der Einwohnerzahl jeder Gemeinde hängt die Höhe der Finanzzuweisungen des Landes nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) ab. Im Amt Hüttener Berge soll die Einwohnerzahl laut Zensus 2022 von 15.241 auf 14.590 (minus 651 oder 4,27 Prozent) gesunken sein. Soll, denn im Melderegister der Verwaltung waren es – Stand Oktober – 15.448 Einwohner und damit sogar deutlich mehr als in der Zensus-Erhebung im Jahr 2022.

Diese Diskrepanz hat gravierende Folgen: Die 16 Gemeinden im Amt Hüttener Berge sollen bis zur nächsten Zensus-Erhebung im Jahr 2033 insgesamt 5,13 Millionen Euro weniger Zuweisungen erhalten. Besonders dramatisch: In Osterby fehlen in den nächsten neun Jahren 1,1 Millionen Euro in der Gemeindekasse, in Bünsdorf 772.000 Euro. „Wir haben über 600 Einwohner, alle Gebäude sind belegt, die Menschen sind da“, erklärt Thorsten Schulz. Der Bürgermeister aus Bünsdorf kann die Angaben im neuen Zensus überhaupt nicht nachvollziehen, nach denen in der Gemeinde am Wittensee 96 Einwohner fehlen sollen. Laut Zensus 2022 sollen 526 Einwohner in Bünsdorf leben. Laut Fortschreibung des Zensus von 2011 sollen es aber 622 Einwohner sein – eine Abweichung von minus 15,43



Amtsleiter Andreas Betz (Mitte) und die Bürgermeister Andreas Lööck (l.) aus Osterby und Thorsten Schulz aus Bünsdorf blicken mit großer Sorge auf die wegbrechenden Mittel für die Gemeindehaushalte in Folge der Berechnungen des Zensus 2022. Foto: Steinmetz

Prozent. Diese Differenz sorgt dafür, dass die Schlüsselzuweisungen für Bünsdorf ab 2026 jährlich um 86.000 Euro niedriger ausfallen. Schulz: „Wir können unseren Haushalt für 2025 nicht decken und werden eine Fehlbedarfszuweisung beim Land beantragen.“

*„Wir haben über 600 Einwohner, alle Gebäude sind belegt, die Menschen sind da.“*

Thorsten Schulz  
Bürgermeister in Bünsdorf

In der Summe noch höher sind die Ausfälle in Osterby. Dort ergibt sich eine Abweichung zwischen dem Zensus 2022 und der Fortschreibung

des Zensus 2011 in Höhe von 117 Einwohner – das sind 10,73 Prozent. Auch dort wissen Bürgermeister Andreas Lööck und sein Gemeinderat nicht, wie sie die Ausfälle verkraften und ausgleichen sollen.

Sparen könnten die Gemeinden nur bei freiwilligen Leistungen, aber ohne die Zuschüsse für Seniorenfahrten, für die Vereine oder die gemeindlichen Angebote „bricht das soziale Leben weg“, erklärt Bünsdorfs Bürgermeister Schulz, „und das bricht mir das Herz“. Auch Andreas Lööck wird in Osterby freiwillige Leistungen der Gemeinde streichen müssen und weitere Investitionen in den neuen Gemeindefreizeitanlage „Alter Bahnhof“ oder das Flutlicht am Sportplatz zurückstellen, wenn es so bleibt, wie es ist.

Diese Einspareffekte werden bei Weitem nicht ausreichen. Denkbar sei es, die Zweitwohnungs- und die Hundesteuer anzuheben, außerdem die Grundsteuer A und B sowie die Gewerbesteuer. Doch gerade bei der Grundsteuer müssen die Gemeinden zunächst die neue Grundsteuer mit entsprechenden Hebesätzen beschließen. Zudem gilt dort, dass die Einnahmen nach der Reform möglichst aufkommensneutral erfolgen sollen, unbegrenzt erhöhen geht nicht.

**Amt Hüttener Berge widerspricht Zensus 2022**

Was bleibt, ist die Sorge, wie der ganz normale Straßenunterhalt erfolgen bezahlt werden soll. Der Amtsausschuss hat Amtsdirektor And-

reas Betz beauftragt, für alle Gemeinden Widerspruch gegen den Zensus beim Statistischen Landesamt Hamburg-Schleswig-Holstein einzulegen. Abweichungen von mehr als fünf Prozent bei den Einwohnerzahlen erschienen dem Amtsausschuss nicht mehr realitätsgerecht. Zugleich wurde eine Rechtsberatung eingeschaltet, um Änderungen des Zensusbescheids zu erreichen.

**Amt bezweifelt „Karteileichen“**

„Wir glauben an unsere Zahlen und wollen das auch beweisen“, macht Amtsdirektor Andreas Betz deutlich. Er beauftragt sich auf die Zahlen aus dem Melderegister, die „nahezu deckungsgleich sind mit den Zahlen aus der Fortschreibung Stand 2011“. Das Amt

hat „sicher keine Karteileichen“ und wisse sehr genau, wie viele Menschen im Amt und den Gemeinden wohnen. Zuletzt wurden die Zahlen erst im Mai 2022 zur Landtagswahl geprüft. Dort wurden alle Personen ab 16 Jahren zur Wahl angeschrieben. 60 bis 70 Briefe kamen zurück, die Personalien wurden dann alle abgeklärt. Gründe für die aus Sicht des Amtes teils unrealistischen Abweichungen werden in dem Umstand vermutet, dass beim Zensus 2022 erstmals auch in Gemeinden unter 10.000 Einwohnern Haushaltsbefragungen auf Stichprobenbasis vorgenommen wurden. Durch Hochrechnungen dürfte es dann zu den massiven Verzerrungen gekommen sein.

**Bürgerbefragungen in Osterby und Bünsdorf**

Ende Oktober ist ein Gespräch mit dem Statistischen Landesamt geplant. „Wir wollen nicht klagen, aber vermutlich müssen wir das, um eine Änderung der Zensus-Zahlen zu erreichen“, macht Betz deutlich. Interessierte Gemeinden oder Ämter können sich einer möglichen Klage anschließen. Belegen wollen die beiden Gemeinden ihre Einwohnerzahlen mit Bürgerbefragungen zum Abgleich des Melderegisters. Die sollen am Freitagabend, 22. November, und am Morgen des 23. November im Gemeindefreizeitanlage in Osterby und im Feuerwehrhaus Bünsdorf erfolgen. Genaue Zeiten werden noch genannt. Laut Zensus 2022 hat das Land Schleswig-Holstein 0,627 Prozent Einwohner verloren. Im Kreis Rendsburg-Eckernförde sind es minus 0,992 Prozent. Bundesweit liegt die Zahl bei minus 1,628 Prozent.

# Was jeder Einzelne für die Sicherheit tun kann

Das Gettorfer „Bündnis für Demokratie“ hatte zu einer Podiumsdiskussion eingeladen

**GETTORF** Mit einer anspruchsvollen und hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion hat das „Bündnis für Demokratie“ in Gettorf am Freitagabend das Thema „Wie wehrfähig ist Deutschland?“ aufgearbeitet. In der Mensa der Parkschule diskutierten Dr. Frank A. Stengel, politischer Soziologe an der Christian-Albrechts-Universität (CAU) in Kiel, Tanja Merkl, Fregattenkapitän der Deutschen Marine, und Sven Neumann, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in Schleswig-Holstein, Birte McCloy aus Gettorf moderierte. Das überparteiliche Gettorfer „Bündnis für Demokratie“ ist 2018 von CDU, SPD, Grünen und FDP ins Leben gerufen worden, 2023 hat sich

auch der SSW angeschlossen.

Wo steht Deutschland zwei Jahre nach der Zeitenwende durch den russischen Überfall auf die Ukraine? Und wie ist es um die innere und äußere Sicherheit Deutschlands bestellt? Ist Deutschland wehrfähig? Diesen Fragen hat sich das „Bündnis für Demokratie“ gestellt und zur Positionierung drei kompetente Gäste gewinnen können.

**Großes Publikumsinteresse**

Dass das Thema die Bürger bewegt, zeigte sich am großen Zuspruch der über 70 Gäste. Mehr noch: Die Fragen zeigten die große Besorgnis der Menschen.



Birte McCloy (links) moderierte die Diskussionsveranstaltung des Gettorfer „Bündnis für Demokratie“ mit den Gästen (v. l.) Sven Neumann, Tanja Merkl und Dr. Frank A. Stengel (Christian-Albrechts-Universität). Foto: Bündnis für Demokratie

Wie kann es gelingen, für die Bundeswehr, die Polizei und alle anderen sicherheitsrelevanten Arbeitgeber genügend geeignetes Personal zu gewinnen? Ist aus gesellschaftspolitischen und

verteidigungspolitischen Gründen die Aufhebung der Aussetzung der Wehrpflicht sinnvoll? Wie groß darf die Bundeswehr überhaupt werden, ohne die Bündnispartner und die anderen euro-

päischen Staaten zu ängstigen? Wie kann man sich vor den häufigen Cyber-Attacken aus Russland und wohl auch China und Drohnen-Spionage wie über Brunsbüttel wirksam schützen und sich gegen gestreute Fake-News aus Russland und anderen Diktaturen in den sogenannten sozialen Medien wehren? Wie soll die Bundeswehr aufgestellt werden, um schlagkräftiger zu werden?

Gehaltvolle Fragen, mit denen sich die Podiumsteilnehmer intensiv auseinandergesetzt haben. Klar sei zum Ausdruck gekommen, dass ein „Weiter so“ nicht hilfreich sei und dass Deutschland, Europa und die Nato sich anstrengen müssten, um den gewachse-

nen Bedrohungen widerstehen zu können. Dies, so das Bündnis in einer Presseerklärung, gelte für die äußere wie die innere Sicherheit. Übereinstimmend erklärten die drei Podiumsteilnehmer am Ende, dass jeder Einzelne etwas tun könne: „Beschäftigen Sie sich mit der Thematik und vertrauen Sie den Sicherheitsbehörden. Schenken Sie den Desinformationskampagnen nicht uneingeschränkt Glauben. Und seien Sie wachsam und hinterfragen Sie Informationen, die in den Social Media an Sie herangetragen werden.“ Die Gesellschaft dürfe sich nicht spalten lassen, sondern müsse zusammenstehen. „Dann kommen wir gemeinsam durch diese herausfordernden Zeiten.“ gk